



**Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V.  
Regionalgruppe Ostheide – Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24  
29553 Bienenbüttel, 0151-11201634, [eckehard.niemann@freenet.de](mailto:eckehard.niemann@freenet.de)**

## **Pressemitteilung** **Deutlich mehr Corona in Intensiv-Tierhaltungsgebieten**

**Gesundheitssorgen der Bürgerinitiativen gegen Agrarfabriken  
nachdrücklich bestätigt**

**Bürgerinitiativen-Verband LBU fordert strengere  
Genehmigungspraxis und Umbau der Tierhaltung**

Die niedersächsische Bürgerinitiativen-Vereinigung Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) sieht die Gesundheits-Sorgen von Anwohnern bestehender und geplanter Groß-Tierhaltungsanlagen durch neue Corona-Untersuchungen dramatisch bestätigt. So weist eine aktuelle Harvard-Studie einen Zusammenhang zwischen Feinstaubwerten und Corona-Sterblichkeit nach, ebenso eine neue Studie des Max-Planck-Instituts Mainz. Die Weltbank und die Freie Universität Amsterdam konstatierten ebenfalls eine „robuste Verbindung“: Wenn der Feinstaubgehalt in der Luft um 20 Prozent ansteige, verdoppele sich die Anzahl der Corona-Opfer. Eine staatliche niederländische Untersuchung in Landregionen habe ohnehin ein erhöhtes Risiko von Lungenentzündungen für Anwohner im Umkreis von 1 bis 2 km um Intensiv-Tierhaltungsanlagen ergeben.

Die erhöhte Luft-Konzentration von Feinstaub und Toxinen und antibiotikaresistenten Keimen führen, so LBU-Vertreter Eckehard Niemann, zu einer Vorbelastung der Lungen, die in Corona-Zeiten überproportional steigenden Corona-Opfern zur Folge hätten. Untersuchungen der niederländischen Behörden hätten zudem nachgewiesen, dass Luftwaschanlagen und Filter die Luft aus den Intensiv-Tierhaltungs-Anlagen nur sehr begrenzt säubern könnten.

Der LBU fordert die kommunalen Genehmigungsbehörden dazu auf, die ihnen durch die Novelle des Baugesetzbuchs geschaffenen Rechte konsequent zu nutzen, keine Baugebiete für gewerbliche Ställe oberhalb von 1.500 Schweinemast-, 560 Sauen-, 30.000 Hähnchenmast- und 15.000 Puten/Legehennen-Plätzen zu beschließen. Bund und Länder seien gehalten, die Schutzvorschriften für Anwohner gegen Immissionen und insbesondere Keime deutlich zu verbessern.

LBU-Vertreter Niemann verweist darauf, dass die Immissionen bei Offenställen mit artgerechter Haltung und Stroheinstreu nicht höher seien als bei konventionellen Ställen – bei einer angemessenen Tierzahl steige nicht nur das Tierwohl, sondern könne auch eine gesundheitliche Beeinträchtigung von Anwohnern ausgeschlossen werden. Für eine solche artgerechtere und flächenverbundene Tierhaltung in bäuerlich-mittelständischen Strukturen trete der LBU ein.

Gemeinsam mit bundesweit Hunderten von Bürgerinitiativen seien bereits mehrere hundert agrarindustrielle Tierhaltungs-Anlagen verhindert worden – nach dem gemeinsamen Motto: „Bauernhöfe statt Agrarfabriken!“ Eine Erzeugung von „Klasse statt Masse“ könne - wegen dem damit verbundenen Abbau der Überschuss-Erzeugung – endlich zu überproportional steigenden Erzeugerpreisen führen.